

Clarastrasse 2
Postfach 396
4005 Basel
Tel. 061 666 60 90
Fax 061 666 60 98



**MieterInnen- und Mieterverbände
Basel
Baselland & Dorneck-Thierstein**
www.mieterverband.ch/basel
www.mieterverband.ch/baselland

Mediencommuniqué beider MieterInnen- und Mieterverbände vom 23. August 2010

Alarmierende Wohnsituation in Basel und dem Baselbiet amtlich bestätigt: **Wohnungsnot in BS & BL - doch die Regierungen schauen weg**

Alarmstimmung für die Basler und Baselbieter Wohnbevölkerung: Der Leerwohnungsbestand liegt nun tief im Wohnungsnot-Bereich. Wann rücken die Behörden von ihrer Schönfärberei ab?

Alarmierend: Die Leerwohnungsquoten liegen jetzt sowohl im Stadtkanton mit 0,7 Prozent als auch im Baselbiet mit weiterhin 0,5 Prozent alarmierend tief. Überall in der Schweiz gilt dies als Ausdruck von Wohnungsnot; gemäss Bundesgerichtsdefinition wäre schon 1 Prozent als Wohnungsnot zu bezeichnen. Daran kann nichts ändern, dass die hiesigen Behörden diesen tiefen Leerwohnungsbestand schönreden. Wer wegen Wohnungsnot keine Wohnung findet, hat im Übrigen auch herzlich wenig vom Hinweis der hiesigen Behörden, die Situation hier sei weniger angespannt als in anderen Schweizer Städten.

Die Konsequenzen der neuen 0,7 bzw. 0,5 Prozent-Leerstandsquote sind klar: steigende Mietpreise und eine rascher drehende Mietpreisspirale. Denn der Vermieter ist - wie stets bei Angebotsknappheit - am längeren Hebel. Bei jedem Wohnungswechsel kann er einen höheren Mietzins verlangen. Insbesondere Altbauten und die raren preisgünstigen Objekte geraten dadurch unter noch stärkeren Druck.

Wohnbauförderung für alle!

Gefragt wäre aber eine besonnene Wohnpolitik. Insbesondere könnte und sollte man mittels Wohnbauförderung ein spezielles Augenmerk auf die Entwicklung der Mietzinse werfen und preisgünstiges und bezahlbares Wohnen ermöglichen. Damit könnten auch die unerwünschten Folgen der Wohnungsnot gemildert werden. Solche Wohnbauförderung - wie sie die Sektionen des MieterInnen- und Mieterverbands (MV) seit längerem vorschlagen - wäre im Interesse aller Bevölkerungsteile.

Die MVs kritisieren auch die Wohnbauförderungspolitiken der beiden Nordwestschweizer Halbkantone. Die städtische Politik ist verfehlterweise noch immer viel zu einseitig auf Wohnungen für sogenannt gehobene Ansprüche ausgerichtet, was die Mietpreise im Stadtkanton weiter anheizt; nicht viel besser liegt die Situation im Landkanton, wo es schlicht keinerlei Wohnbauförderpolitik gibt.

Die MVs verlangen, dass das Augenmerk nun endlich auf den gemeinnützigen Wohnungsbau ausgerichtet wird.

Substanz des Abbruchgesetzes erhalten!

Speziell für den Stadtkanton ist auf die Wichtigkeit hinzuweisen, dass die wesentlichen Elemente des seit 1968 bestehenden Gesetzes über Abbruch und Zweckentfremdung (GAZW) unbedingt beibehalten und ausgebaut werden müssen. Gerade in Zeiten von Wohnungsnot bedeutet dieses Gesetz eine wichtige Arbeitsgrundlage, um preisgünstige sowie bezahlbare Wohnsubstanz zu schützen und zu erhalten.

Leider zeigt sich noch immer die Tendenz, dass die Basler Behörden die Volksbedürfnisse ignorieren und weiterhin auf ein konfliktives eigenes Investorenförderungsgesetz setzen. Der MV betont daher nochmals mit Nachdruck, dass er seit zwei Jahren ein neues Wohn(bauförderungs)gesetz für sämtliche Bevölkerungsteile vorschlägt.